gar nicht gelegt, wenn er nicht schon früher im Namen und im Auftrage des Bundesraths dessen Stellung zu dem Verlangen nach Erhöhung der Minimalsätze gekennzeichnet hätte und wenn nicht zu der reichsrechtlichen Unzulässigkeit der Anträge noch die unerhörte Zumuthung gekommen wäre, der preußische Ministerpräsident von Bülow solle den Reichskanzler Grafen Bülow andern Sinnes machen. Dieser Zumuthung gegenüber war nur eine ganz unzweideutige Antwort am Platze, und unzweideutiger als sie erfolgt ist, hätte sie nicht ausfallen können. Daß sie „Entrüstung" bei den conservativ-klerikalen Antragstellern sowohl wie bei den reichsparteilichen Unterzeichnern des „Verständigungs"-Antrages erwecken würde, konnte Graf Bülow voraussehen; aus seinem Verhalten geht also hervor, daß er vor einem Conflicte mit der nach Erhöhung der Minimalsätze dürstenden Reichstagsmehrheit nicht zurückschreckt. Von selbst wirft sich nun die Frage auf, ob die Mehrheit nachgeben wird, nachdem Graf Bülow seinerseits das Nachgeben in der dündigsten Form abgelehnt hat. Was zunächst die Conservativen betrifft, so scheint bei dem durch die „Kreuzztg." vertretenen Flügel keine Neigung zum Rückzuge zu herrschen, denn das genannte Blatt erklärt in seiner gestrigen Abendnummer:

„Der Ministerpräsident Graf Bülow hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu dem Antrage auf Verstärkung des landwirthschaftlichen Zollschutzes im Sinne der Beschlüsse der Tarifcommission eine Erklärung verlesen, die sowohl hinsichtlich ihres Inhaltes als auch hinsichtlich ihrer Form auf die Conservativen einen überaus peinlichen Eindruck gemacht hat. Er bestritt dem Abgeordnetenhause die Zuständigkeit, an die Staatsregierung eine Forderung im Sinne jenes Antrages zu stellen, da dieser sich auf Reichsangelegenheiten beziehe und die parlamentarische Verhandlung über den Zolltarif ausschließlich dem Reichstage gebühre. Graf Bülow übersah jedoch hierbei, daß der Antrag bezweckte, auf die Haltung der preußischen Staatsregierung im Bundesrathe eine Einwirkung auszuüben. Die Instruction der preußischen Stimmen im Bundesrathe ist eine Landesangelegenheit, sie ist eine Regierungshandlung des Königs von Preußen, und für sie sind, wie für alle übrigen Regierungshandlungen, die Minister verantwortlich. Von einem Uebergriffe der Antragsteller konnte also keine Rede sein. Deshalb mußte es diese besonders peinlich berühren, daß der Minister-Präsident seine Ablehnung der Verhandlung über den Gegenstand in eine Form kleidete, die sonst nur bei ungesetzlichen oder verfassungswidrigen Uebergriffen gewählt worden ist. Graf Bülow verließ unmittelbar nach der Verlesung seiner Erklärung mit den übrigen noch anwesenden Vertretern der Staatsregierung den Saal, und das Haus mußte vor einem unbesetzten Ministertische in die Berathung eintreten. Ein derartiger Vorgang ist geeignet, die Vermuthung nahezulegen, daß die Staatsregierung auf ein verständnißvolles Zusammenwirken mit einer loyalen Mehrheit keinen Werth legt. Wir würden von Herzen bedauern, wenn diese Vermuthung begründet wäre."

Vielleicht aber kommt guter Rath schon über Nacht. So blind ist die „Kreuzztg." nicht, um nicht zu wissen, daß sie gerade durch die Stelle „die Instruction der preußischen Stimmen im Bundesrathe ist eine Landesangelegenheit, sie ist eine Regierungshandlung des Königs von Preußen" das Verhalten ihrer Parteigenossen auf das Schärfste verurtheilt. Gerade weil die Instruction der preußischen Stimmen im Bundesrathe eine Regierungshandlung des Königs von Preußen ist, so ist der Versuch, den preußischen Ministerpräsidenten zu einer Verletzung jenes Bundesraths-Beschlusses zu veranlassen, der eine Erhöhung der Minimalzölle für unmöglich erklärte und an dem Graf Bülow mit den übrigen preußischen Bundesrathsmitgliedern auf Grund einer Regierungshandlung seines Königs mitgewirkt hat, ein geradezu unerhörter. Auch das Centrum wird es sich wohl noch reiflich überlegen, bevor es der Minimalsätze für Getreide halber den Zolltarif zum Scheitern bringt. Freilich hat es noch mehr Ursache zum Groll, als die Conservativen. Denn nachdem Graf Bülow den Versuch des preußischen Abgeordnetenhauses, sich in Reichsangelegenheit zu mischen, so energisch zurückgewiesen hat, bleibt ihm nichts Anderes übrig, als den „Toleranzantrag" des Centrums, der eine unberechtigte Einmischung des Reichstags in einzelstaatliche Angelegenheiten verlangt, mit derselben Entschiedenheit im Bundesrathe zu bekämpfen. Jedenfalls wird im Reichstage, der heute seine Plenarsitzungen wieder aufnimmt, wenigstens anfänglich eine etwas ungemüthliche Stimmung zwischen dem Reichskanzler und der „regierenden Partei" herrschen.

Mit unleugbarem Geschick haben **polnische** Federn es verstanden, die Wreschener Vorgänge zur Erregung von Haß gegen Preußen durch Entstellung der Thatsachen zu verwerthen. Nicht blos die großpolnischen Blätter, sondern auch französische, tschechische, magyarische, italienische und amerikanische zeigten sich zur Aufnahme entsprechender Hetzartikel bereit; **vor Allem** aber war es die panslawistische **russische Presse, die sich zum Echo der polnischen Anklagen wegen angeblicher Bedrückung der preußischen Polen machte.** Nahm es sich doch so gut aus, bei den russischen Polen die Vorstellung zu erwecken, als leben sie, im Vergleich mit den **preußischen Polen, im siebenten Himmel.** Inzwischen scheint die verstärkte Auflage großpolnischer Agitationen, für die in allen Theilen des ehemaligen Polenreiches die unverkennbarsten Symptome ans Licht traten, eben jener russischen Panslawistenpresse ziemlich heftig auf die Nerven gefallen zu sein. Denn die „Nowoje Wremja", die sich der preußischen Polen mit der größten Lebhaftigkeit angenommen hatte, warnt jetzt recht eindringlich die Polen vor der Hingabe an den großpolnischen Gedanken, indem sie u. A. schreibt:

„Den ernsten polnischen Führern in Preußen und Oesterreich muß bekannt sein, daß die Daten über die kindische und schon durch ihren Leichtsinn verbrecherische großpolnische Agitation eifrig von den preußischen Behörden gesammelt werden, nicht so sehr für den eigenen Gebrauch — Preußen ist nicht so naiv (!) — als vielmehr, um den Nachbarn die Ueberzeugung beizubringen, daß die polnische Gefahr nicht allein Deutschland bedroht, sondern alle Interessenten zu mächtiger Abwehr vereinigen muß. Einstweilen hatten diese preußischen Insinuationen keinen Erfolg. Für den kaltblütigen Beobachter ist es ja klar, daß der heldenhafte Widerstand der Polen in Posen einen reineren Quell entspringt, als die unwürdige Hetze, die von einer Horde maulwurfsartig arbeitender Agitatoren, die mit bewußter Herzlosigkeit die Blüthe der polnischen Jugend vergiften, organisirt wird. Die ernsten und ehrlichen Elemente des polnischen Volkes sollten sich nicht auf Proteste in der Presse beschränken, sondern alle Anstrengungen machen, um rechtzeitig dem sinnlosen Spiele der Agitatoren wirksam ein Ziel zu setzen. Sonst wird es vielleicht zu spät sein und die preußischen Versicherungen werden das Recht auf allgemeine Glaubwürdigkeit erhalten."

Diese scharfe Ermahnung zur schleunigen Beendigung der großpolnischen Agitation ist zwar in einige Schmeicheleien für die „bekenntnißtreuen" Polen Preußens eingewickelt. Aber trotzdem verliert die vorstehende Absage an das Großpolenthum nichts von ihrer Bedeutung. Denn die Form des Vorgehens der „Nowoje Wremja" gegen die Polen hat nur den Zweck, eine Brücke von der bisherigen polenfreundlichen Haltung zu einer specifisch russischen, wie sie für ein russisches Blatt selbstverständlich sein sollte, zu schlagen. Da die deutschen Schirmherren der großpolnischen Agitation, unsere Klerikalen, die Begeisterung der Polen durch die panslawistische Presse Rußlands mit dem größten Eifer gegen die preußische Polenpolitik ausgespielt haben, müssen sie von der jetzigen Schwenkung der „Nowoje Wremja" mit besonderem Interesse Kenntniß nehmen. Sie werden sich aber auch nicht der Pflicht entziehen dürfen, ihrem Publicum von dieser Schwenkung Kenntniß zu geben.

Ueber die **deutschen Beschwerden** gegen die **Justizverhältnisse in Böhmen** wird berichtet: In Folge eines letzter Tage gefaßten Beschlusses der deutschen Volkspartei begaben sich die Abgeordneten Dr. v. Derschatta, Professor Franz Hofmann und Prade zum Minister-Präsidenten Dr. v. Koerber, um demselben eine Reihe von Beschwerden, die sich insbesondere gegen die Justizverhältnisse in Böhmen und Schlesien richten, vorzutragen. Diese Beschwerden gipfeln hauptsächlich darin, daß auch nach Aufhebung der Badeni'schen Sprachenverordnungen die tschechische innere Amtssprache durch tschechische Richter und Beamte in Anwendung bleibe, und daß trotz des bekannten Erlasses des böhmischen Ober-Landesgerichts-Präsidiums, welcher sich gegen den weiteren Gebrauch der internen tschechischen Amtssprache richtet, eine Ahndung der Außerachtlassung dieser Verfügung nicht Platz gegriffen habe. Abgeordneter Prade führte insbesondere Beschwerde über die in der Civilproceß-Ordnung nicht begründete Verwendung eines tschechischen Lawnerichters aus Gitschin bei dem Handelssenate des Kreisgerichtes Reichenberg, sowie über die in letzter Zeit vollzogenen Ernennungen unter den Räthen des böhmischen Oberlandesgerichtes. Weitere Klagen richteten sich gegen die Ernennung tschechischer Bezirksrichter, Zuweisung tschechischer Adjuncten zu deutschen Gerichten und gegen die Anstellung eines Officials in Reichenberg, welcher der deutschen Sprache gar nicht mächtig ist. Die Abordnung ersuchte den Minister-Präsidenten Namens der Partei, den Beschwerden abzuhelfen, dem derzeit kranken Justizminister aber mitzutheilen, daß die deutsche Volkspartei weiteren derartigen Ernennungen nicht mehr ruhig zusehen werde und entschlossen sei, falls sich solche Dinge wiederholen, den Justizminister im Hause persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Der Minister-Präsident versprach, genaue Erhebungen zu pflegen. Er sei für eine völlig unparteiische Rechtspflege und werde gewiß nach Thunlichkeit Abhilfe treffen. Abg. Professor Hofmann wird bezüglich der auf Schlesien bezüglichen Beschwerden Montag eine weitere besondere Besprechung haben.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Juni. (Beauftragte der Handwerkskammern.) Die gewerblichen Berufsgenossenschaften erweitern den Kreis ihrer technischen Aufsichtsbeamten, die namentlich die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen haben, immer mehr. Fast sämmtlich beschäftigen sie solche Beamte, manche sogar eine größere Zahl derselben. Jetzt gehen aber auch die Handwerkskammern mit der Anstellung von Beauftragten vor. Nach dem Handwerksorganisationsgesetze vom Jahre 1897 sind die Handwerkskammern befugt, durch Beauftragte die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den Handwerksbetrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterkunft der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntniß zu nehmen. Bis vor Kurzem hatten die Handwerkskammern, die ja die erste Zeit ihres Bestehens zum Ausbau ihrer eigenen Einrichtung, sowie zur Erfüllung anderer, ihnen von dem Gesetze gestellten Aufgaben verwandten, die Ausübung dieser beaufsichtigenden Thätigkeit nicht in die Hand genommen, jetzt wird auch mit der Ausführung dieser gesetzlichen Vorschrift der Anfang gemacht. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die Handwerker gesetzlich verpflichtet sind, den Beauftragten gegen Vorzeigung der von dem Vorsitzenden der Handwerkskammer ausgestellten Ausweiskarte die Betriebsräume, sowie die Unterkunftsräume während der Werkzeit zu zeigen. Man wird erwarten können, daß die Beauftragten der Handwerkskammern, ebenso wie ihre Collegen in der Industrie, auf die Ausführung der erlassenen Vorschriften streng wachen, andererseits aber auch nicht etwa in Widerspruch zu anderen Organen, wie der Polizei, gerathen. Man wird sich erinnern, daß die Beauftragten der Berufsgenossenschaften eine Zeit hindurch bei der Ueberwachung der industriellen Betriebe mehrfach mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in Conflict geriethen. Unter diesen unerquicklichen Verhältnissen hatte am meisten die Industrie zu leiden, die bald diese, bald jene Einrichtung treffen mußte, wenn sie den Anforderungen der verschiedenen Aufsichtsbeamtencategorien gerecht werden wollte. Für die Beauftragten der Handwerkskammern liegt ja die Veranlassung zu Conflicten nicht in so hohem Maße vor, möglich sind die letzteren aber auch. Es wäre gut, wenn das Handwerk von den Erfahrungen, welche die Industrie auf diesem Gebiete gemacht hat, verschont bliebe.

⊙ **Berlin**, 2. Juni. (Verschlechterung des Arbeiterschutzes.) Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts" (Nr. 128 vom 30. Mai d. J.) einen Artikel, in welchem er ausführt, daß der Bundesrath bei der am 27. Mai d. J. beschlossenen Erneuerung der Bekanntmachung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken eine Bestimmung über die Anrechnung kürzerer als einvierteilstündiger Pausen neu eingefügt habe, welche einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Verordnung enthalte. — Thatsächlich hat es mit dieser behaupteten Verschlechterung des Arbeiterschutzes folgende Bewandniß: Die als eine tadelnswerthe Neuerung bezeichnete Vorschrift war bereits in der früheren Verordnung enthalten; sie ist aus dem Text der letzteren, wie aus der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Februar 1895 hervorgeht, wörtlich übernommen. Dagegen hat der Bundesrath in einigen anderen Puncten Aenderungen gegenüber der bisherigen Verordnung beschlossen. Diese Aenderungen erwähnt der „Vorwärts" nicht; sie zielen auf eine Erweiterung des den jugendlichen Arbeitern zu gewährenden Schutzes ab: Nach den neuen Bestimmungen beschränken sich nämlich die bisher allen Metall-, Walz- und Hammerwerken gewährten Ausnahmen vom § 136 der Gewerbeordnung auf die Werke, welche Eisen oder Stahl verarbeiten. In den Betrieben zur Verarbeitung anderer Metalle werden daher die jugendlichen Arbeiter künftig den vollen Schutz des § 136 a. a. O. genießen. Indem ferner die neue Verordnung nur für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei dem unmittelbaren Betriebe der Werke Erleichterungen eintreten läßt, hat sie die Wirkung, daß in demjenigen Werksabtheilungen, welche mit dem continuirlichen Ofenbetriebe nicht im unmittelbaren Zusammenhange stehen, die Vorschriften des § 136 voll zur Durchführung gelangen. Thatsächlich enthält sonach die neue Bekanntmachung keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung des Arbeiterschutzes.

— Ueber das Recht zur Führung von Medaillen schreibt die ministerielle „Berl. Corr.":

In einem Theile der Tagespresse wird eine Entscheidung des Ministers für Handel und Gewerbe angegriffen, wonach die einer Firma verliehene Staatsmedaille für gewerbliche Leistungen nach Auflösung der ursprünglichen Firma von einer oder mehreren an ihre Stelle tretenden neuen Firmen nicht weitergeführt werden dürfe. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Firma K. u. Th. Möller, Brackwede, die bei dem Ausscheiden des Herrn Handelsministers aus einer offenen Handelsgesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden ist, die auf Ausstellungen früher erhaltenen Auszeichnungen auch jetzt noch führte. Dazu ist zu bemerken, daß die erwähnte Entscheidung einer seit Jahrzehnten im Handelsministerium geübten, aus der Natur der Sache sich ergebenden Praxis entspricht, und daß die Berufung auf das Verhalten der Firma Möller unzutreffend ist, da es sich bei dieser nicht um Staatsmedaillen, sondern um private, auf Ausstellungen erhaltene Auszeichnungen handelt, über deren Fortführung den staatlichen Verwaltungsbehörden eine Entscheidung nicht zusteht.

— Wie der Wiener „Pol. Corr." aus Rom berichtet wird, hat der seit Kurzem daselbst weilende Freiherr v. Hertling die endgiltigen Vorschläge der Berliner Regierung in Angelegenheit der katholisch-theologischen Facultät in Straßburg überbracht. Weiter berichtet der Gewährsmann des officiösen Organs: „Der wichtigste dieser Vorschläge geht dahin, daß der Bischof von Straßburg, ohne ein Veto recht im strengsten Sinne des Wortes auszuüben, in Bezug auf die Ernennung von Professoren an dieser Facultät ein Votum besitzen soll. In kirchlichen Kreisen glaubt man, daß nunmehr die Sendung des Freiherrn v. Hertling ernste Aussichten habe, zu einem Erfolge zu gelangen. Einer der Gründe, die den Vatican bisher bestimmten, die Errichtung einer katholischen theologischen Facultät in Straßburg abzulehnen, bestand in der Besorgniß von einer Verstimmung der katholischen Kreise im Elsaß, von denen ein Theil sich einer loyalen Annäherung an Deutschland unversöhnlich widersetzte. Nach der Aufhebung des Dictatur-Paragraphen im Elsaß erscheint jedoch den vaticanischen Kreisen diese Besorgniß weit weniger begründet als bisher, da durch diese Maßregel nicht blos das Fortschreiten der Beruhigung der Stimmung im Elsaß erwiesen, sondern gleichzeitig eine weitere Förderung dieses Fortschrittes herbeigeführt wird. Jedenfalls ist es eine Thatsache, daß man in einem großen Theile der kirchlichen Kreise, namentlich in jenem der Congregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, dem Projecte der Errichtung dieser Facultät wohlwollend gegenübersteht."

— Der Verband Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hält von Mittwoch, den 4. bis Sonnabend, den 7. d. M., seinen zwölften Verbandstag in den Räumen des Verbandscasinos in Berlin ab. Am Mittwoch findet außer den regelmäßigen Verhandlungen des Plenums eine außerordentliche Versammlung der Wirthschaftsgenossenschaft statt. Am Donnerstag werden Vorträge und Besprechungen über Rechtsschutz und Haftpflicht, die Fürsorgecasse und die Hygieine in den Dienströumen abgehalten. Am Freitag ist Bezirksobmänner-Versammlung und General-Versammlung der Wirthschaftsgenossenschaft. Am Sonnabend, den 7., findet die zweite Plenarsitzung mit den Wahlen und der Festsetzung des Ortes für den nächsten Verbandstag statt.

— Vom Milchkriege wird berichtet: Die Ministerien des Handels, der Landwirthschaft und der öffentlichen Arbeiten haben die Eingabe des Verbandes deutscher Milchhändlervereine, auch dem Milchhandel eine angemessene Vertretung im Bezirks-Eisenbahnrathe zuzugestehen, abschlägig beschieden.

— Großfürst Paul Alexandrowitsch ist am Sonnabend und Großfürst Alexis Alexandrowitsch von Rußland heute früh hier eingetroffen.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Thielen hat Einladungen zu einem parlamentarischen Diner am Dienstag, den 10. d. M., Abends, an zahlreiche Mitglieder des Landtages ergehen lassen.

— Der sächsische Gesandte Graf v. Hohenthal und Bergen ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

— Der persische Gesandte in Wien General Neriman-Khan hat sich von hier auf seinen Posten zurückbegeben.

* **Lehe** (bei Bremerhaven), 1. Juni. Der angekündigte Zwiespalt in der socialdemokratischen Partei unserer Hafenstadt ist jetzt zum vollen Ausbruch gekommen. Die vom socialdemokratischen Verein ausgeschlossenen und zur Mandatsniederlegung aufgeforderten 5 Stadtverordneten haben in einer gestern Abend abgehaltenen Wählerversammlung den Schiedsspruch ihrer Wähler angerufen und dieser lautete zu ihren Gunsten, indem ihnen, wenn auch erst nach stürmischen Auseinandersetzungen und mit nicht sehr großer Majorität, ein Vertrauensvotum ertheilt wurde. Jetzt ist die Entscheidung des Berliner Centralvorstandes angerufen.

* **Guben**, 2. Juni. Der heute hier eröffnete 25. brandenburgische Städtetag, dem der Oberpräsident von Bethmann-Hollweg beiwohnte, nahm den Antrag des Oberbürgermeisters Ancker-Landsberg a. W. an, daß eine Haftpflichtversicherung der Lehrer durch die Städte unnöthig sei.

‡ **Eisenach**, 2. Juni. In der heutigen Sitzung der deutschen evangelischen Kirchenconferenz machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß die beiden Mitglieder der Conferenz, die in letzter Sitzung bei dem Beschlusse hinsichtlich einer engeren Verbindung der deutschen evangelischen Landeskirchen ihre Abstimmung sich vorbehalten hatten, die Zustimmung zu

---

„Haben Sie denn noch gar keinen Verdacht, ist denn keine Spur vorhanden, wer Herrn Friedrich das Geld gestohlen haben könnte?"

Statt des Gendarms antwortete Weithaas: „Es wird nicht mehr lange dauern, dann haben wir ihn."

Er glaubte wieder eine große Geschicklichkeit beweisen zu haben, denn wenn der Gehilfe das Geld gestohlen hatte, so mußte diese selbstbewußte Antwort Eindruck auf ihn machen. Das war nun freilich nicht der Fall, denn der Gehilfe blieb völlig gleichmüthig und sprach den Wunsch aus, daß der Dieb bald entdeckt würde. Dann ging er ruhig, wie er gekommen war. Weithaas hatte nicht mehr viel zu fragen. Im Beisein Friedrich's ging er durch alle Stuben, untersuchte die Schlösser, betrachtete aufmerksam die Herdfeuerung und die Oeffnung der Esse, prüfte die Fenster und die Weinspalere und schickte sich an, die Treppe zur Oberstube zu besteigen.

„Was wollen Sie denn da oben? Da ist ja der Boden, und in der Stube wohnt meine Tochter."

In diesem Augenblicke kam Minna vom Hofe herein in die Hausthür und an Minna wandte sich jetzt Weithaas: „Liebes Fräulein, Sie erlauben, daß ich einmal Ihre Kammer besichtige."

Ein starkes Roth huschte über die Wangen des Mädchens; Weithaas bemerkte das sofort. Er entschuldigte sich deshalb noch einmal und stieg, gefolgt von Friedrich und dem Gendarm, die Treppe hinauf. Der Boden war bald durchforscht, von hier aus konnte Niemand zum Dache hinaus, und nicht hinein; es war das ja auch bei dem niedrigen Hause nicht nöthig. Anders war es mit Minna's Schlafkammer. Die Kammer war im Giebel, aber ziemlich geräumig, sie lag gerade über der guten Stube. Man sah, daß hier nicht ein gewöhnliches Bauernmädchen hauste, sondern eine Dame wohnte. Die Möbel und das Bett waren zwar im „Stil" des Hauses, aber das hübsche Bücherregal mit den Klassikern, Vasen und künstlichen Blumen, Nippes, Deckchen, ein Stickrahmen, einige schöne Bilder zeugten davon, daß die Tochter des Hauses in der Pension mehr als äußeren Schliff bekommen hatte. Auf dem Fensterbrett standen Hyazinthengläser, und diese mußte Weithaas erst bei Seite setzen, als er das Fenster öffnen wollte.

„Warum machen Sie denn das Fenster auf, Herr Wachtmeister? Was bezwecken Sie damit?" fragte Friedrich.

Weithaas hatte hinausgesehen und schloß jetzt das Fenster wieder.

„Gar nichts, Herr Friedrich; ich wollte nur einmal sehen, wie weit die Aussicht reicht. Zu entdecken ist hier nichts."

Damit war der Zwischenfall und die Localbesichtigung des Hauses beendet. Die beiden Besucher empfahlen sich, Minna war nicht zu erblicken. Auf dem Wege durch die Dorfstraße guckten ihnen die Leute nach; vor der Schenke stand der Wirth und machte ein erstaunte Gesicht, als er den Gendarm mit seinem gestrigen, späten Gast sah. Der Gendarm mußte seinen gewöhnlichen Gang zum Ortsvorstande machen. Weithaas ging nicht mit, er legte auch dem Gendarm Stillschweigen über die Besichtigung auf. Dann, als sie sich schon getrennt hatten, kehrte er noch einmal um und sagte so ganz beiläufig: „Das Mädchen paßt nicht recht in die Verhältnisse; seit wann ist sie bei ihrem Vater?"

„Seit zwei Jahren."

„Leben sie gut mit einander?"

„O gewiß, es ist noch nie ein Streit beobachtet worden. Sie ist sehr ruhig, er ist sehr anspruchslos. Etwas verschlossen ist sie. Das haben alle Friedrichs, alle Bauern hier draußen."

„Reden die Leute über sie?"

„Nicht das ich wüßte. Sie kommt fast mit Niemand zusammen."

Jetzt trennten sie sich.

Gegen zwölf Uhr war Weithaas wieder auf dem Bureau beim Polizeiassessor, dem die Sache vom Director überwiesen war. Er berichtete Alles haarklein und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß er nichts erreicht habe.

„Wir haben auch nicht viel erreicht", bemerkte der Assessor. „Das Steueramt hat nur auf wiederholten Wunsch und mit Vorbehalt der Verschwiegenheit geantwortet. Der Friedrich muß mächtig reich sein. Der Polizeidirector hat mir nicht die Summe genannt, die er versteuert, aber in der That, da machen 23 000 Mark nichts aus, und die Banken haben zwar zugesagt, aufzupassen, aber irgend eine Gewähr für länger als diese Woche nicht gegeben. Die Cassiver könnten unmöglich jeden Tausendmarkschein auf die Nummer hin prüfen, dazu fehle es an Zeit. Uebrigens eines interessirt mich, die starken Eindrücke von Stiefeln in der Schlippe und die Spuren an der Wand, die gewiß von Jemand herrührten, der auf das Haus geklettert ist. Durch die Bodenfenster konnte er nicht herein, sagen Sie, aber das Fenster der Tochter konnte er erreichen? Hören Sie Weithaas, wenn die mit im Spiele wäre — es ist doch Alles schon dagewesen. Sie sagen, daß das Verhältniß zwischen Vater und Tochter auf sie einen befremdlichen Eindruck gemacht habe. Sie erklären das mit der Bildung der Tochter. Nun ja, das mag richtig sein — allein wenn sie doch einen Schatz hätte, der ihr Nachts über das Dach Besuche abstattete — wenn der Mensch Geld gebraucht hätte? Sollte vielleicht der Alte so etwas merken, da ihm an der Entdeckung des Thäters nichts gelegen scheint? Darauf müssen wir unser Augenmerk richten!"

„Es könnte unter anderen Verhältnissen ein solcher Verdacht möglich sein, hier ist er es nicht. Ich sage Ihnen, Herr Assessor, die Tochter ist ein feines Mädchen und schön. Sie hat aber gewiß auch keinen Liebhaber, sie sieht nicht darnach aus, eher könnte sie einen gewissen Kummer haben — aber warum? Ein so reiches Mädchen!"

Der Assessor war nachdenklich geworden. Der Gedanke schien ihm schon wieder leid zu thun, indessen die Spuren waren da. Es schien lohnend, der Sache nachzuspüren.

„Ja, was thun?" sagte er nach einer Pause. „Behalten Sie die Sache im Auge, hier ist einstweilen eine neue Aufgabe."

Damit gab er Weithaas ein Packet Acten und entließ ihn. Andere Meldungen kamen und er wandte sich diesen zu.

So waren drei Tage ins Land gegangen und unter der Last der Tagesarbeit hatte Polizeiassessor Dr. Hans Krüger beinahe den Diebstahl in Oelz vergessen. Da erinnerte ihn eines Tages sein Chef, der Polizeidirector, an die Sache, indem er ihm eine Anfrage der Staatsanwaltschaft wegen des Diebstahls hinschob. Krüger ärgerte sich über die Erinnerung, er konnte aber nur die Auskunft geben, daß noch keine Spur entdeckt sei. In seine Stube zurückgekehrt, ließ er Weithaas rufen, der war aber gerade nicht da. Gut, sagte er zu sich, dann werde ich die Sache selbst in die Hand nehmen. Weithaas scheint hier eine große Dummheit gemacht zu haben. Als er zu Mittag ging, erklärte er, daß er später als gewöhnlich kommen werde.

Dr. Hans Krüger war ein schneidiger Kerl, so bezeichnete er sich selbst, und er wird es wohl wissen. Groß, stark, mit einem runden, klugen Gesicht, einem hübschen braunen Schnurrbart, einer Fülle brauner, kurz gehaltener Locken, ein paar Renommirschmissen auf der linken Wange, elegant und verbindlich in seinem Benehmen, machte er immer einen vortrefflichen Eindruck. Was sein Aeußeres anbetraf, so war er mit sich zufrieden, auch seine Kenntnisse und Fähigkeiten gaben ihm selbst keinen Grund zum Tadel, nur sein Einkommen machte ihm Sorge. In diesem Jahre überschritt er die Dreißig und hatte es erst auf dreitausend Mark Gehalt gebracht. Dazu die Schulden aus der Studentenzeit, die er jährlich mit dreihundert Mark abzahlte, blieben ihm immer nur neunhundert Thaler, und mit diesem Einkommen konnte er wahrhaftig keine großen Sprünge machen. Und er hätte sie recht gern gemacht. Seiner Natur nach war er zu einem Grandseigneur geschaffen. Er suchte deshalb schon lange nach einer reichen Frau. Er konnte sie nicht finden. Er machte auch zu große Ansprüche. Reich, gesund, elegant, gescheidt, höchstens 24 Jahre alt . . ., er hatte sie erst einmal gefunden, und als er beschloß, einen Anlauf zu machen und der Dame sein Herz zu Füßen zu legen, bekam er gerade ihre Verlobungsanzeige. An dieses unliebsame Zusammentreffen dachte er, als er in seiner Stammkneipe sein bescheidenes Mittagessen verzehrte; er dachte aber auch an das, was ihm Weithaas über Friedrich's Tochter gesagt hatte, und es beruhigte ihn gewissermaßen, daß Weithaas jeden verdächtigen Verkehr der Tochter von sich gewiesen hatte. Reich, sehr reich muß sie sein, murmelte er vor sich hin, schließlich nehme ich ein bischen Bauerndummheit mit in Kauf, das schleift sich ab, Geld, Geld deckt viel zu.

Langsam war er nach Oelz geschlendert, nicht ohne oft nach dem Wege zu fragen, denn die Gegend war ihm nicht bekannt. Am Wirthshaus im Dorfe blieb er einen Augenblick stehen. Ob er nicht lieber eintreten sollte? Vielleicht erfuhr er etwas. Er verschob es auf später. Erst wollte er sich einmal das Friedrich'sche Haus ansehen. Nach der Beschreibung Weithaas' fand er es sofort. Er sah noch die Stiefelspuren an der Mauer, in der Gosse sah er nichts mehr, der Schnee war geschmolzen. Er bemerkte sofort, daß von der Schlippe aus ein Einstieg in das Zimmer der Tochter sehr leicht zu bewerkstelligen war und, das merkte er, als er das Hofthor aufklinkte und die Nachbarhunde wie rasend bellten, während sich Friedrich's Hund einige Zeit zur Begrüßung ließ, daß Jemand, der von der Schlippe aus in das Giebelstübchen einstieg, von dem Hunde nicht bemerkt werden konnte. Während er von dem Hofthor bis nach der Hausthür schritt, mußte er sich allerdings gestehen, daß ein Einbruch durch der Tochter Zimmer sehr unwahrscheinlich war, denn war sie mit dem Diebe im Bunde, so hätte sie ja bequemer den Betrag selbst nehmen können, war sie es nicht, so hätte sie doch den Eindringling bei Oeffnung des Fensters durch Schreien verscheucht. Er öffnete nun die Hausthür, ging über den Vorsaal weg, an der Küche vorbei, auf die Wohnstube zu, deren Lage ihm Weithaas beschrieben hatte. Er klopfte an, keine Antwort, er klopfte noch einmal, nur der Hund knurrte. Er öffnete und trat ein. Das Zimmer war leer. Der Hund wollte ihn wieder anknurren, doch Krüger kraute ihm ein wenig hinter den Ohren. Er sah sich um. So verging eine Minute, sie dünkte ihm ewig lang. Noch eine Minute, er sah nach der Uhr, noch eine, zwei, drei Minuten.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.